

Presseerklärung

Dieter Spethmann
Franz Ludwig Graf Stauffenberg
Joachim Starbatty
Markus C. Kerber

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabon-Vertrag wird von schicksalhafter Bedeutung für die deutsche Demokratie und die Zukunft der europäischen Integration sein. Ob und welche Zustimmungsbedingungen das Bundesverfassungsgericht zum Lissabon-Vertrag judizieren wird, dürfte zunächst interessieren. Aber es wird auch darum gehen, ob das höchste deutsche Gericht die Nichteinhaltung der Zustimmungsbedingungen aus dem Maastricht-Urteil erneut aufgreift oder als Richter in eigener Sache darüber hinweg sieht, dass seit diesem Urteil eben diese Zustimmungsbedingungen permanent und sanktionslos verletzt wurden: Denn die Währungsunion hat längst aufgehört, eine Stabilitätsgemeinschaft zu sein. (Siehe Anlage: Die Stabilitätsgemeinschaft existiert nicht mehr) Mehr noch: die EU fühlt sich nicht länger an die Einzelermächtigungen des Vertrages gebunden, sondern sieht sich auf dem Weg zur europäischen Regierung ohne demokratische Legitimation.

Kontakt über den Verfahrensbevollmächtigten:

Prof. Dr. iur. Markus C. Kerber
mckerber@europolis-online.org
Tel. 030/84314136
Fax 030/84314137